

# **Britische Deutschlandpolitik und Adenauers Englandpolitik 1949-1956**

*Gottfried Niedhart*

Die britisch-deutschen Beziehungen standen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Spannung zwischen Kooperation, Konflikt und Krieg. In beiden Ländern gab es Ansätze zu Interessenausgleich und internationaler Arbeitsteilung. Für Großbritannien hätte darin die ideale Voraussetzung gelegen, um die angeschlagene Weltmachtrolle einigermaßen stabilisieren zu können. Aus deutscher Sicht erschien Großbritannien für manche als idealer Bündnispartner des eben erst zu globaler Politik ansetzenden jungen Deutschen Reiches, für andere als nur schwer kalkulierbare und selbstsüchtige Großmacht am Rande Europas, die der Dynamik deutscher Weltpolitik im Wege stand. Der britisch-deutsche Antagonismus war in der Vorgeschichte beider Weltkriege von ausschlaggebender Bedeutung, und es überrascht nicht, daß die britischen Deutschlandbilder im 20. Jahrhundert den Niedergang der britischen Weltmacht in starkem Maß mit der britisch-deutschen Rivalität in Verbindung bringen. Es gab zwar zahlreiche Faktoren, die seit der Jahrhundertwende zum britischen Machtverfall beigetragen hatten, und viele Staaten - darunter nicht zuletzt die USA -, die die britische Stellung in der Welt unterhöhlt hatten, aber seit dem Wilhelminischen Flottenbau war es zweifellos Deutschland gewesen, das mit militärischen Mitteln die Sicherheiten zerstört hatte, auf denen die britische Weltmacht aufgebaut war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die Erinnerung an diese Vorgänge ungeachtet der totalen Kapitulation und Auflösung des Deutschen Reiches verständlicherweise noch eine große Rolle. Im kollektiven Gedächtnis der Engländer blieb Deutschland ein Trauma, auch wenn Großbritannien und die Bundesrepublik in Sicherheitspartnerschaft verbunden waren. Der vorhersehbare Wiederaufstieg eines deutschen Staates, selbst wenn er in Europa eingebunden und gebändigt war, rief Besorgnisse hervor<sup>2</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand in der britischen

Deutschlandplanung und -politik die Vorstellung im Vordergrund, Deutschland müsse für alle Zeit aufhören, ein Sicherheitsrisiko zu sein. Deutschland und die deutsche Frage durften nicht den aus britischer Sicht vorrangigen Versuch stören, die britische Weltmachtrolle zu rekonstruieren und die Rückkehr zu einem vergleichsweise autonomen Weltmachtstatus zu schaffen<sup>3</sup>. Die britisch-westdeutschen Beziehungen waren infolgedessen ein Nebengleis, das vom internationalen Fahrplan bestimmt war. Die britische Deutschlandpolitik war eine Funktion der Europapolitik sowie vor allem der Beziehungen Großbritanniens zu den USA und der UdSSR. Bilateralität auf der Grundlage von Gleichberechtigung war im Unterschied zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nicht ausgebildet. Allzu verschieden waren Machtbasis, internationaler Radius und Handlungsspielräume ausgebildet, als daß es zwischen London und Bonn zu intensiven bilateralen politischen Kontakten hätte kommen können. Für Whitehall reichte es aus, wenn die Bundesrepublik sich der Führung der westlichen Siegermächte unterwarf und ein möglichst unauffälliger Verbündeter innerhalb des westlichen Sicherheitssystems war. Deutschland sollte - nach Churchills bekanntem Wort - "fett" sein, damit es dem britischen Steuerzahler nicht zur Last fiel und der britischen Wirtschaft ein attraktiver Handelspartner sein konnte, aber zugleich politisch "impotent" bleiben. Vor wie nach 1949 war Sicherheit vor Deutschland eine reale Bestimmungsgröße britischer Politik, zunächst Sicherheit durch Kontrolle und später Sicherheit durch Integration. Mit dieser Modifikation blieb Außenminister Bevins Aussage aus dem Frühjahr 1947 gültig: "Sollte man mit einem einzigen Begriff unsere Politik gegenüber Deutschland umreißen, dann ist es der Begriff Sicherheit"<sup>4</sup>. Im britisch-französischen Beistandspakt von Dünkirchen 1947 wurde Deutschland als potentieller Aggressor genannt, und noch am 1. März 1948 sprach Premierminister Attlee im Unterhaus von dem Ziel, "uns gegen einen weiteren Angriff Deutschlands zu schützen". Attlee gab jedoch zugleich den Blick auf die fünfziger Jahre frei, wenn er eine integrative Konfliktlösung anvisierte. Er wollte nicht nur ein entmilitarisiertes Deutschland niederhalten, sondern auch ein demokratisiertes Deutschland in die westliche Welt einfügen und "in den Kreis der Nationen zurückbringen"<sup>5</sup>.

Aus westdeutscher Sicht ergaben sich deutliche Übereinstimmungen mit britischen Positionen, aber von Anfang an auch Differenzen. Für Adenauer, der die Außenpolitik der Bundesrepublik in dem hier interessierenden Zeitraum unangefochten gestaltete, gab es keinerlei Probleme, soweit die lückenlose Einbindung der Bundesrepublik in den Westen betroffen war. Stärker aber, als es mit britischen

Vorstellungen vereinbar war, betonte Adenauer das Verlangen nach Gleichberechtigung der Bundesrepublik im westlichen Staatensystem. Vor allem konterkarierte er die britische Selbstwahrnehmung in der Nachkriegszeit, wonach die historische Weltmachtrolle Großbritanniens nicht zu Ende sein sollte und die Briten sich Australien oder Neuseeland stärker verbunden fühlten als den kontinental-europäischen Staaten. Für Adenauer war die Rolle der europäischen Großmächte ausgespielt und der vorrangige Bezug auf nationalstaatliche Interessendefinitionen infolge des Krieges obsolet geworden. Nur durch Kooperation und Integration, nur durch teilweisen Souveränitätsverzicht im Umgang miteinander und durch die Schaffung supranationaler Einrichtungen könnten die Europäer weltpolitisches Terrain zurückgewinnen. Für Großbritannien bedeute dies die Rückkehr nach Europa. Es müsse seine außereuropäischen Interessen zurückschneiden. Sonst werde es mit dem zentralen Problem seiner Weltmachtrolle, dem Problem der Überbeanspruchung und Überdehnung seiner Kräfte, nicht fertig werden. Schon Ende 1946 kritisierte Adenauer die aus seiner Sicht illusionäre britische Weltpolitik: "Die Engländer treiben m.E. eine Politik, die ihren eigenen Interessen auf das stärkste zuwiderläuft. Sie können ja doch nur ihre Stellung in der Welt erhalten als Führer eines wirtschaftlich geeinten und politisch ausgeglichenen Westeuropas unter Einschluß wenigstens der drei westlichen deutschen Zonen."<sup>6</sup>

Langfristig bewegten sich die beiden Entwürfe aufeinander zu. Aber Ende der vierziger und in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre klafften deutsche und britische Vorstellungen von Kooperationsintensität weit auseinander. Für Adenauer stellte Großbritannien einen unverzichtbaren Faktor bei der Rekonstruktion Europas dar. Er beklagte darum die britische "Kurzsichtigkeit"<sup>7</sup> und hielt im Sommer 1949 den "Zusammenschluß Europas" für "eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien, einen wirklichen Zusammenschluß verhindert."<sup>8</sup> Sollte Europa jemals wieder ein Machtfaktor von Gewicht werden, so mußte Großbritannien aktiv mitwirken, nicht zuletzt wegen seiner inneren Stabilität und liberalen Tradition, die sich deutlich von Kontinentaleuropa abhob<sup>9</sup>, aber auch weil Frankreich allein eine europäische Führungsrolle nicht ausfüllen könne. "Frankreich ist biologisch und wirtschaftlich nicht genügend stark für diese Rolle. Ich bin der Auffassung, daß Europa von England und Frankreich geführt werden muß, daß deswegen eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands notwendig

ist. Wir haben, ebenso wie die Engländer selbst, das größte Interesse daran, daß England sich als europäische Macht fühlt."<sup>10</sup>

Im Konfliktfall war die Integration Europas aber auch ohne England denkbar. Auch in dieser Form konnte Europa den Interessen der Bundesrepublik dienen. Europa stellte die Plattform für ihre Rückkehr in die internationale Gesellschaft dar, und Europa, mit den USA als Schutzmacht, diente der Absicherung gegenüber der als Bedrohung empfundenen Sowjetunion. Eine realistische Politik, die das Machbare betonte, mußte sich auf Frankreich und andere Partner in Europa konzentrieren. Wünschenswert hielt Adenauer ein Europa unter Einschluß Großbritanniens, machbar war es nach Lage der Dinge offenbar nur ohne Großbritannien. Es legte "sich quer gegenüber allen Bestrebungen zur Integration Europas. England fühlt sich mehr als ein Nachbar Europas denn als europäische Nation."<sup>11</sup>

Vergleicht man die beiden Ausgangspositionen und Grunderwartungen in Großbritannien und in Westdeutschland, so ergeben sich Übereinstimmungen, aber auch erhebliche Abweichungen. Aus britischer Sicht ging es in den Nachkriegsjahren um den Resterhalt von Weltmachtstatus in der Hoffnung, man werde seinen Handlungsspielraum in der internationalen Politik nicht nur sichern, sondern auch noch ausbauen können. Vor dem Hintergrund dieser vorrangigen Zielsetzung waren die Beziehungen zur Bundesrepublik globalen Zusammenhängen untergeordnet. Für die Bundesrepublik kam es in dieser Phase der Nachkriegszeit darauf an, überhaupt erst als Akteur in die internationale Politik eintreten zu können. Man wollte mit dem Angebot zu Kooperation und Selbstbindung innerhalb Westeuropas und der nordatlantischen Kooperationszone die westlichen Siegermächte zu einer vergleichsweise raschen Akzeptanz westdeutscher Gleichberechtigung veranlassen. Wichtigster Partner waren dabei die USA. In Europa hätte sich Adenauer eine stärkere Präsenz Großbritanniens gewünscht, scheiterte aber mit seinen Vorstellungen einer britisch-französischen Doppelführung im europäischen Integrationsprozeß. Großbritannien trat infolgedessen selbstverschuldet in den Hintergrund. Als Fazit ergibt sich, daß Großbritannien und die Bundesrepublik relativ entfernte Nachbarn waren und das bilaterale Verhältnis nur eine "untergeordnete Rolle" spielte.<sup>12</sup> Nicht zu vergessen sind allerdings die nicht-staatlichen Beziehungen und Kontakte, die sich zwischen Parteien, Verbänden und einzelnen Organisationen ausbildeten. Hingewiesen sei nur auf die Deutsch-Englische Gesellschaft, die 1949 gegründet wurde. Die ersten Städtepartnerschaften waren bereits 1947 zwischen Bonn und

Oxford, Düsseldorf und Reading sowie Hannover und Bristol aus der Taufe gehoben worden.<sup>13</sup>

Schaut man sich vor diesem Hintergrund die britisch-deutschen Beziehungen bis 1956 an, so standen die deutsche Frage, die Europa-Politik und die Ost-West-Beziehungen im Mittelpunkt. Die britische Deutschlandpolitik ging von zwei Grundannahmen aus. Sie betrafen die polnische Westgrenze und die Kontrolle der Zuverlässigkeit Deutschlands. Keine Übereinstimmung mit Bonn gab es in der Frage der Oder-Neiße-Linie, die man als Grenze de facto anerkannte. Konsens hingegen bestand darin, daß Deutschland - sei es in der Form von zwei Staaten, oder sei es nach einer Überwindung der Teilung - nicht neutral oder blockunabhängig sein könne. Als Stalin im März 1952 kurz vor Abschluß der Verhandlungen zum sog. Deutschlandvertrag sein Angebot zur Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands machte, hielten die westlichen Alliierten, von Adenauer darin bestärkt, an ihrer Politik der Zuverlässigkeitskontrolle der Bundesrepublik durch Westbindung unbeirrt fest. Dabei verbanden sich Skepsis in die Motive des sowjetischen Diktators mit Bedenken über die Dynamik eines freigesetzten Deutschland.<sup>14</sup> Auch die britische Presse lehnte ein wiedervereinigtes, bewaffnetes und neutrales Deutschland einhellig ab. Der "New Statesman" erklärte seinen Lesern, worum es ging: "The Western Powers evidently have no intention of allowing the latest Russian offers on the reunification of Germany to defect them from their determination to secure a strong military ally in Western Germany."<sup>15</sup>

Nur einmal schien die britische Politik von diesem Kurs abzuweichen, als Churchill, seit Oktober 1951 wieder Premierminister, nach dem Tode Stalins 1953 für kurze Zeit an Chancen eines Spannungsabbaus im Kalten Krieg und einer europäischen Neuordnung unter Neutralisierung Deutschlands zu glauben schien. Er dachte ernsthaft über "die Möglichkeit eines wiedervereinigten und neutralisierten Deutschlands" nach. Unter dem Eindruck der von Adenauer am 15. und 16. Mai 1953 in London vorgebrachten Einwände stehend, kam eine solche Lösung für Churchill aber nur in Betracht, "sofern die Deutschen dies wünschten".<sup>16</sup> Mehrheitlich taten sie dies zweifellos nicht. Adenauer wollte Churchills Vorstoß "keine große Bedeutung beilegen" und interpretierte ihn als Zeichen der Profilierung im Ost-West-Konflikt und gegenüber den USA. Das Verhältnis zu England hielt Adenauer zu diesem Zeitpunkt für "unvergleichlich besser als zur Französischen Republik".<sup>17</sup>

Adenauer war auch nicht verborgen geblieben, daß Churchills Ideen im Foreign Office von Anfang an auf heftige Kritik gestoßen waren. William Strang, ranghöchster Beamter im Foreign Office, faßte die Hauptpunkte zusammen: "Der Kampf um Deutschland ist der eigentliche Kern des Problems. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, ihre Integration in Westeuropa, der gemeinsame Verteidigungsbeitrag sowie die europäische Einigungsbewegung sind wesentliche Bestandteile des Ganzen. Wenn wir unsere Deutschlandpolitik umstoßen, werden wir das ganze System über unseren Köpfen zum Einsturz bringen und die Grenzen des Sowjetblocks bis an den Rhein vorschieben."<sup>18</sup> Eine zwingende Implikation dieser Politik war die faktische Anerkennung der Teilung Deutschlands. Selwyn Lloyd, damals Staatsminister im Foreign Office und später Außenminister seines Landes, drückte es mit wünschenswerter Präzision aus, der auch der spätere Historiker nichts hinzuzufügen hat: "Ein geteiltes Europa bedeutet ein geteiltes Deutschland. Deutschland wieder zu vereinigen, solange Europa geteilt ist, ist - selbst wenn dies machbar wäre - gefährvoll für uns alle. Deshalb fühlen alle - Dr. Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst - im Grunde ihres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sichere Lösung ist. Aber keiner wagt dies wegen seiner Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland auch offen zuzugeben. Deshalb unterstützen wir alle öffentlich ein vereinigt Deutschland, jeder allerdings aufgrund seiner eigenen Bedingungen."<sup>19</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war bereits beschlossene Sache, was seit dem Winter 1949/50 als Möglichkeit diskutiert wurde: die westdeutsche Wiederbewaffnung. Dieses heiße Eisen wurde in beiden Ländern nicht erst seit dem Korea-Krieg geschmiedet.<sup>20</sup> So unpopulär der Gedanke auch sein mochte, für die britische militärische Führung war die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Sicherheitspolitik unabweisbar. Im März 1950 korrigierte Churchill - als Oppositionsführer - in einer Unterhausrede seinen früheren Standpunkt. Unter dem Druck des Kalten Krieges wollte er die Deutschen auch wieder "potent" sehen und bezeichnete eine deutsche Wiederbewaffnung als Notwendigkeit.<sup>21</sup> Außenminister Bevin sprach sich im April 1950 gegen deutsche Kontingente aus.<sup>22</sup> Er plädierte für eine wirtschaftliche Beteiligung der Bundesrepublik an den westlichen Verteidigungslasten. Auf diese Weise wäre auch der Wettbewerbsvorteil beseitigt, den die westdeutsche Wirtschaft sonst zu erringen drohte. Ein entmilitarisiertes Deutschland garantierte darüber hinaus, daß amerikanische Rüstungshilfe weiterhin vorrangig nach Großbritannien und Frankreich gehen würde und daß der politische

Wiederaufstieg der Bundesrepublik verlangsamt werden könnte. Die deutsche Wiederbewaffnung sollte mit langem Atem angegangen werden. Allerdings zeigte sich rasch, daß man in der Bestimmung des Zeitplans nicht souverän war. Der Beginn des Korea-Kriege im Juni 1950 und die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage Großbritanniens 1951 ließen die Optionen schrumpfen. Unter dem Druck der USA, die die Finanzhilfe für britische Rüstungsprogramme von einer positiven Stellungnahme Londons in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung abhängig machten, stimmte die britische Regierung im September 1950 prinzipiell einer deutschen Beteiligung am westlichen Sicherheitssystem zu, ohne sich aber über Beginn und Umfang der deutschen Rüstung schon festzulegen. Die nun von Frankreich, das sich isoliert sah, entwickelte Vorstellung einer europäischen Armee unter Einschluß der Bundesrepublik muß hier nicht näher beleuchtet werden. Obwohl die britische Regierung den Pleven-Plan als Schachzug einstufte, der spezifischen französischen Interessen entsprach, gab es in einem zentralen Punkt eine deutliche Übereinstimmung zwischen Frankreich und Großbritannien. Sie bestand in der auch von Adenauer geteilten Überzeugung, jegliche deutsche Wiederbewaffnung dürfe nur unter internationaler Kontrolle und Einbindung erfolgen, entweder im Rahmen einer supranationalen Organisation wie der EVG oder innerhalb des NATO-Bündnisses.

Ungeachtet heftiger Widerstände im Kabinett und in der Labour Party entschied sich die Regierung Attlee gegen Ende ihrer Amtszeit für die Einbeziehung deutscher Streitkräfte in eine europäische Armee. Diese Entscheidung wurde zweifellos auch durch die krisenhafte britische Wirtschaftsentwicklung 1951 vorangebracht. Die Mitwirkung der Bundesrepublik an den westlichen Verteidigungsanstrengungen drängte sich fast auf, weil 1951 eine erhoffte Dollarspritze aus den USA ausblieb.<sup>23</sup> Die seit Oktober 1951 wieder regierenden Konservativen waren in dieser Frage weniger durch parteiinterne Zerreißproben belastet. Konsensformel wurde in Großbritannien, was der Leiter der Deutschland-Abteilung im Foreign Office, Frank Roberts, im Mai 1953 mit Blick auf die Bundesrepublik in die Worte faßte: "Rearmed but once again a healthy member of the Western family."<sup>24</sup> In dieser Formulierung kommen Grundlinien, Realitätssinn, Sorgen und Wünsche britischer Deutschlandpolitik gleichermaßen zum Ausdruck.

Die EVG-Verhandlungen und ihr Scheitern sind hier nicht darzustellen. Adenauer sah mit einiger Zufriedenheit, daß die Briten an der EVG wenigstens als "Halbpartner" teilnehmen wollten: "Es ist mir sehr lieb, wenn Großbritannien in

der zukünftigen EVG einen gewissen Einfluß hat, damit wir mit den mehr oder weniger hysterischen Franzosen nicht allein sind."<sup>25</sup> Im April 1954 würdigte Adenauer die britische Bereitschaft, mit der geplanten EVG zusammenzuarbeiten, als "völligen Bruch" bisheriger britischer Außenpolitik.<sup>26</sup> Dies werde in Frankreich nicht angemessen gewichtet. Nachdem die EVG gescheitert war, führte Edens Diplomatie zu der von London ohnehin favorisierten NATO-Integration der Bundesrepublik. Sie wurde nun als fast vollständig souveräner Staat Mitglied der Westeuropäischen Union und der NATO. Sie verzichtete zugleich auf atomare, biologische und chemische Waffen. Großbritannien verpflichtete sich, Truppen in Deutschland zu stationieren und ließ sich damit erstmals in seiner Geschichte in aller Form in die Sicherheitsstrukturen des Kontinents einbinden.<sup>27</sup> Einen Schritt weiter ging man jedoch nicht. Gegenüber der europäischen Integration blieb man auf Distanz. Immerhin aber war man bereit, den französischen Sicherheitsbedürfnissen entgegenzukommen, indem mit der Truppenstationierung das nötige Gegengewicht zu einem wiederbewaffneten Deutschland geschaffen wurde. Auch die Bundesrepublik konnte zufrieden sein, denn sie erblickte in der britischen Truppenpräsenz ein erhöhtes Maß an Sicherheit gegenüber der Sowjetunion. Neben die alte Formel "Sicherheit vor Deutschland" war jetzt die Formel "Sicherheit für Deutschland" getreten, für ein Deutschland im Westen, das durch ökonomische und militärische Integration gestärkt und zugleich kontrolliert werden sollte. Der Bundesrepublik mußte insbesondere jeder Weg versperrt werden, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu verfolgen. Entscheidend ist nicht, daß Adenauer gerade dies vermeiden wollte und also westliche Befürchtungen objektiv überflüssig waren. Entscheidend ist, daß man in den westlichen Hauptstädten Befürchtungen dieser Art hegte. Adenauer schien ein Garant für die Westbindung zu sein. Für die Zeit danach aber machte sich Harold Macmillan, Premierminister seit 1957, gewisse Sorgen: "It is essential to keep the Germans firmly in the NATO structure so that after Adenauer dies, Germany will not become neutral."<sup>28</sup>

Großbritannien wiederum wurde von Adenauer verdächtigt, eine Annäherung an die Sowjetunion auf Kosten der Bundesrepublik betreiben zu wollen. Er fürchtete immer wieder, die Westmächte wollten zu einem "Appeasement mit den Russen" kommen.<sup>29</sup> Edens Initiativen in der Deutschlandfrage 1954/55 waren ergebnislos geblieben. Daß dennoch die Ost-West-Kontakte in Form von "Reiseaktivitäten", die Adenauer skeptisch verfolgte, weitergingen und die sowjetische Führung im April 1956 in London weilte, beunruhigte Adenauer zutiefst.<sup>30</sup> Ohne etwas dagegen



unternehmen zu können, spürte er, daß die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik langsam begannen, die deutsche Frage und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen zu entkoppeln. Eine Wiedervereinigung nach Bonner Vorstellungen war unerreichbar. Es lag aus westlicher Sicht also nahe, von den Realitäten auszugehen und die Ost-West-Beziehungen nicht dauerhaft durch die deutsche Frage zu belasten.

Mitte der fünfziger Jahre befanden sich die britisch-deutschen Beziehungen in einem Stadium, das noch ganz und gar die Züge der Nachkriegszeit trug. Die Bundesrepublik war zwar ein Teil der westlichen Staatengemeinschaft geworden. Zugleich aber trat gerade Adenauer mit dem Verlangen nach Gleichberechtigung auf, für das aus britischer Sicht der Zeitpunkt eigentlich verfrüht war. Die ins internationale Rampenlicht zurückkehrende und langsam erstarkende Bundesrepublik erfreute sich - aus eben diesem Grund - keiner guten Presse in Großbritannien und sollte Großbritannien in Europa keine machtpolitische Konkurrenz machen dürfen.<sup>31</sup> Großbritannien war eine Weltmacht, deren historischen Grundlagen erodierten. Die Bundesrepublik war eine sich modernisierende Gesellschaft, deren wirtschaftliche Dynamik in Großbritannien gewisse antideutsche Affekte hervorrief. Bei aller aktuellen Überlegenheit Großbritanniens war es doch die Bundesrepublik, die Zuwächse an politischem Einfluß und wirtschaftlicher Macht zu verzeichnen hatte. Großbritannien dagegen hatte seine neue Rolle in der Nachkriegszeit noch nicht gefunden. Der Verlauf der Suez-Krise 1956 machte deutlich, wie fiktiv die Weltmachtrolle geworden war. Für Adenauer war es unbegreiflich, daß sich Großbritannien seit 1954 aus der Kanalzone militärisch zurückgezogen hatte und daß die Truppenlandung 1956 so spät kam und so unentschlossen wirkte. Nach dem Machtwort der USA war eine Aktivierung der Europa-Politik dringend geboten. Als Rahmen bot sich die Westeuropäische Union an, "weil England Mitglied der WEU ist und weil wir ohne Großbritannien kein Europa bekommen".<sup>32</sup> Aber wie in der Ost-West-Politik bestanden auch in der Europa-Politik zwischen London und Bonn die Unterschiede fort, ungeachtet der Schlußfolgerung Edens am Ende der Suez-Krise, Europa müsse "enger zusammenrücken."<sup>33</sup>

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Zur historischen Dimension britischer Deutschland-Bilder vgl. 1984 WENDT Zur Nachkriegsproblematik speziell 1965 WATT.

<sup>2</sup> Memorandum Bevins vom 19.10.1950. Documents on British Policy Overseas, Serie 2, Bd. I, S. 318.

<sup>3</sup>Zu diesem Komplex die demnächst publizierte Arbeit [Diss.1989] von EBERSOLD.

<sup>4</sup> 1979 STEININGER, S.164

<sup>5</sup> Zitiert bei 1988 BIRKE, S. 22. Zur gesamten Problematik auch 1990 YASAMEE.

<sup>6</sup> Adenauer am 5.11.1946. 1983 ADENAUER, S. 359.

<sup>7</sup> 1975 PUTZ, S. 718.

<sup>8</sup> Adenauer am 12.6.1949. 1985 ADENAUER, S. 33.

<sup>9</sup> Adenauer am 12.12.1946. 1983 ADENAUER, S. 392. Zu Adenauers Englandbild 1981 SCHWABE.

<sup>10</sup> Adenauer am 8.4.1946. 1983 ADENAUER, S. 210.

<sup>11</sup> Adenauer am 10.5.1951. 1986 BUCHSTAB, S. 35.

<sup>12</sup> 1976 VOLLE, S. 43. Vgl. auch 1970 PROEBST

<sup>13</sup> 1986 UHLIG; 1974 BREITENSTEIN; 1976 BREITENSTEIN; 1978 BREITENSTEIN.

<sup>14</sup> Breit ausgeführt und dokumentiert bei 1985 STEININGER.

<sup>15</sup> 1971 AZZOLA, S. 285.

<sup>16</sup> 1984 FOSCHEPOTH, S. 1292.

<sup>17</sup> Adenauer am 22.5.1953. 1986 BUCHSTAB, S. 518 ff.

<sup>18</sup> 1984 FOSCHEPOTH, S. 1293.

<sup>19</sup> Ebd. S. 1300.

<sup>20</sup> Siehe HOFNER; 1989 STEININGER.

<sup>21</sup> 1971 AZZOLA, S. 33 f.

<sup>22</sup> Dazu und zum folgenden 1989 PETER, S. 119 ff. Für einen referierenden Überblick 1987 BLUTH.

<sup>23</sup> Hierzu 1989 PETER, S. 122, 125.

<sup>24</sup> 1984 STEININGER, S. 127 f.

<sup>25</sup> Adenauer am 11.3.1953. 1986 BUCHSTAB, S. 427.

<sup>26</sup> Adenauer am 26.4.1954. 1990 BUCHSTAB, S. 141.

<sup>27</sup> Dazu 1985 STEININGER; 1990 MAGER.

<sup>28</sup> Macmillan zu Dulles im Dezember 1957. Foreign Relations of the United States 1955-1957, Bd. 4, S. 225.

<sup>29</sup> 1986 ADENAUER, S. 101, 250.

<sup>30</sup> 1982 ADENAUER, S. 128 f.; 1976 v.HASE, S. 644.

<sup>31</sup> Dazu 1954 JOHNSTON, S. 367; 1989 SCHMIDT, S. 200 f.

<sup>32</sup> Adenauer am 23.11.1956. 1990 BUCHSTAB, S. 1129.

<sup>33</sup> Eden an Adenauer 13.11.1956. 1982 ADENAUER, S. 264.